

Stand: 25.04.2024 21:49:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/16163

"Keine Einbeziehung der gesetzlichen Krankenkassen ins Wettbewerbsrecht"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/16163 vom 25.03.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/16602 des UG vom 18.04.2013
3. Beschluss des Plenums 16/16977 vom 04.06.2013
4. Plenarprotokoll Nr. 127 vom 04.06.2013

Antrag

der Abgeordneten **Sabine Dittmar, Kathrin Sonnenholzner, Markus Rinderspacher SPD**

Keine Einbeziehung der gesetzlichen Krankenkassen ins Wettbewerbsrecht

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihren bundespolitischen Einfluss geltend zu machen, um die Einbeziehung der gesetzlichen Krankenkassen ins Wettbewerbsrecht, wie im Achten Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorgesehen, zu verhindern.

Begründung:

Durch die geplanten Änderungen wird die Anwendung des Kartellrechts auf die Krankenkassen über bereits heute geltende Bestimmungen ausgeweitet, wodurch maßgeblich der öffentlich-rechtliche Versorgungsauftrag der gesetzlichen Krankenkassen gefährdet und eine Verschlechterung der Versorgungssituation zu befürchten ist. Mit den neuen Regelungen soll das Wettbewerbsrecht auch für den Wettbewerb der Krankenkassen untereinander sowie im Verhältnis zu ihren Mitgliedern gelten. Aber gerade die Möglichkeit der Zusammenarbeit, um Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit zu gewähren, ist für eine optimale Versorgungsrealität entscheidend. Die Krankenkassen sind keine Wirtschaftsunternehmen, welche sich an Gewinnmaximierung orientieren, sondern sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die dem Gemeinwohl und den Zielen der Sozialgesetzgebung verpflichtet sind. Eine Gleichstellung mit gewinnorientierten Wirtschaftsunternehmen könnte zur Folge haben, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) seine bisherige Rechtsprechung revidiert und die deutschen gesetzlichen Krankenkassen als Unternehmen ansieht, für welche das EU-Wettbewerbsrecht Anwendung finden würde. Hierzu soll es bereits einen Vorlagebeschluss beim EuGH geben. Die geänderte Rechtsprechung hätte für die Krankenversicherung in Deutschland weitreichende Folgen. Nationale Sonderregelungen wären nicht mehr möglich. Die solidarische Finanzierung, die Bezuschussung aus Steuermitteln, die Selbstverwaltung, das Kooperationsgebot zwischen den Kassen, die Rechtsform der Körperschaften des öffentlichen Rechts oder nationalstaatliche Gestaltungsmöglichkeiten würden durch eine Anwendung des Kartellrechts auf die gesetzlichen Krankenkassen zur Disposition gestellt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit

**Antrag der Abgeordneten Sabine Dittmar, Kathrin Sonnenholzner,
Markus Rinderspacher SPD**
Drs. 16/16163

Keine Einbeziehung der gesetzlichen Krankenkassen ins Wettbewerbsrecht

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Sabine Dittmar**
Mitberichterstatler: **Markus Blume**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 88. Sitzung am 18. April 2013 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Sabine Dittmar, Kathrin Sonnenholzner, Markus Rinderspacher SPD**

Drs. 16/16163, 16/16602

Keine Einbeziehung der gesetzlichen Krankenkassen ins Wettbewerbsrecht

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 2)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Listennummer 7. Sie sollte ursprünglich einzeln beraten werden. Mittlerweile ist mir gesagt worden, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass auf die Beratung verzichtet wird. Aber wir müssen trotzdem, weil es so in der Tagesordnung ist, im Anschluss gesondert darüber abstimmen. Darum ist jetzt von der Abstimmung die Nummer 7 ausgenommen.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind auch wieder alle. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine.

Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5, Nummer 7 auf: Die Beratung entfällt, wie gesagt, aufgrund der Vereinbarung der Fraktionen. Es handelt sich um den Antrag der Abgeordneten Bause, Dr. Runge, Gote und andere und Fraktion betreffend "Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei der Bayerischen Polizei fördern" auf der Drucksache 16/15863.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind

die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – CSU und FDP. Und Enthaltungen? – Die Fraktion FREIE WÄHLER.

Damit ist der Antrag abgelehnt und der Tagesordnungspunkt 5 auch erledigt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Stelle der Präsidentin oder des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts München
 Drs. 16/15156, 16/16624 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐ A	☐ Z	☐ Z	☐ Z	☐ A

2. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Markus Rinderspacher, Karin Pranghofer u.a. und Fraktion (SPD)
 In Bayerns Schulen vertrauen – Wege zur Selbstständigkeit öffnen I
 Schulische Entwicklungsvorhaben systematisieren, unterstützen und begleiten
 Drs. 16/15537, 16/16763 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐ A	☐ Z	☐ ENTH	☐ Z	☐ A

3. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Markus Rinderspacher, Karin Pranghofer u.a. und Fraktion (SPD)
 In Bayerns Schulen vertrauen – Wege zur Selbstständigkeit öffnen II
 Orientierungsrahmen „Schulqualität in Bayern“ entwickeln
 Drs. 16/15538, 16/16764 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐ A	☐ Z	☐ Z	☐ Z	☐ A

4. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Markus Rinderspacher, Karin Pranghofer u.a. und Fraktion (SPD)
In Bayerns Schulen vertrauen – Wege zur Selbstständigkeit öffnen III
Werkzeuge für das Gelingen selbstständiger Schulen zur Verfügung stellen
Drs. 16/15539, 16/16765 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

5. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Franz Schindler, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Prüfung der Verfassungstreue
Drs. 16/15630, 16/16627 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

6. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Annette Karl, Horst Arnold u.a. SPD
Bayern digital – auch für unsere bayerischen Brennereibetriebe!
Drs. 16/15749, 16/16812 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei der Bayerischen Polizei fördern
Drs. 16/15863, 16/16731 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

8. Antrag der Abgeordneten Walter Nadler u.a. CSU, Thomas Hacker, Julika Sandt, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
Opernhausmuseum in Bayreuth
Drs. 16/15864, 16/16735 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

9. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg u.a. CSU, Tobias Thalhammer, Dr. Annette Bulfon, Prof. Dr. Georg Barfuß und Fraktion (FDP)
Bericht über neue Qualitätssicherungskonzepte bei der Berufung von Professorinnen und Professoren an den bayerischen Hochschulen
Drs. 16/15865, 16/16736 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒ ohne	☒

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zugrunde zu legen

10. Antrag der Abgeordneten Harald Schneider, Helga Schmitt-Bussinger, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Erhöhung des Dienstkleidungszuschusses für Beamte und Beamtinnen der Polizei
Drs. 16/15872, 16/16733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

11. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Feuerwehrförderung: Wehren und Schulen mit einem Sonderförderprogramm aus Mitteln des einbehaltenen Feuerschutzsteueraufkommens unterstützen!
Drs. 16/15876, 16/16749 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht über die Raumsituation und die Sicherstellung der Öffentlichkeit beim Prozess gegen mutmaßliche Unterstützer und Mitglieder der Terrorgruppe NSU
Drs. 16/15886, 16/16625 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verschreibungspflicht der „Pille danach“
Drs. 16/15931, 16/16717 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

14. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Annette Karl, Horst Arnold u.a. SPD
Bayerische Interessen bei der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik wahren – die bayerische Landwirtschaft benötigt eine starke zweite Säule
Drs. 16/15962, 16/16551 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

15. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Adelheid Rupp, Reinhold Perlak u.a. SPD
Öffentliche Konsultationen der Europäischen Kommission in deutscher Sprache
Drs. 16/15964, 16/16748 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lieferverträge der Bayerischen Staatsforsten (BaySF) mit internationalen Konzernen
Drs. 16/16049, 16/16552 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anrechnung von beweideten gewerblichen Flächen (z.B. Photovoltaikfläche) als Futterfläche
Drs. 16/16051, 16/16553 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schluss mit dem hin und her – Entscheidung für das Grüne Zentrum Immenstadt
Drs. 16/16053, 16/16594 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewässerverunreinigung an der Eger im Bereich Leupoldshammer
Drs. 16/16156, 16/16601 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

20. Antrag der Abgeordneten Sabine Dittmar, Kathrin Sonnenholzner, Markus Rinderspacher SPD
Keine Einbeziehung der gesetzlichen Krankenkassen ins Wettbewerbsrecht
Drs. 16/16163, 16/16602 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Angelika Schorer, Alexander König u.a. CSU,
Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer und Fraktion (FDP)
Sonderförderprogramm für Gerätewagen Gefahrgut auflegen!
Drs. 16/16168, 16/16684 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

22. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Walter Nadler u.a. CSU, Thomas Hacker, Renate Will, Julika Sandt und Fraktion (FDP)
Richard-Wagner-Jahr 2013
Drs. 16/16209, 16/16737 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

23. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention an den bayerischen Hochschulen
Drs. 16/10797, 16/16732

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

der den Antrag für erledigt erklärt hat

24. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Dr. Otto Hünnerkopf, Albert Füracker u.a. CSU
Finanzierung von Sanierungs- und Verbesserungsmaßnahmen an Einrichtungen der öffentlichen Wasserver- bzw. Abwasserentsorgung
Drs. 16/11408, 16/16730 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Personalkürzungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderung in Oberbayern
Drs. 16/4233, 16/16608 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

der den Antrag in einer Zweitberatung für erledigt erklärt hat

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schulgeldersatz auch für Heilerziehungspfleger
Drs. 16/15918, 16/16766 (A)

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses
für Staatshaushalt und Finanzfragen**

der den Antrag für erledigt erklärt hat